



AG Demokratie

Hannover, 13. Oktober 2014

An die Mitgliederversammlung des Präventionsrates Buchholz-Kleefeld

Die AG Demokratie beantragt unter dem *Tagungsordnungspunkt 6: Verschiedenes* folgende Resolution als außerordentlichen Dringlichkeitsantrag zu verabschieden:

Die AG-Demokratie des Präventionsrates Buchholz-Kleefeld stellt folgenden Antrag an die Mitgliederversammlung des Präventionsrates Buchholz-Kleefeld zur Beschlussfassung am 13.10.2014.

Auch in der Landeshauptstadt Hannover wurden nach einer Ausschreibung Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte an private Unternehmen in die Betriebsführung übertragen.

Wir sind schockiert von den aktuellen Berichten aus NRW, die sich unter der Betriebsführung des auch in Hannover tätigen Unternehmens zugetragen haben soll. In einem von der Essener Firma European Homecare betriebenen Heim misshandelten private Wachleute Flüchtlinge. Das sogenannte „Problemzimmer“ sei von Sozialarbeitern mit Wissen und Billigung der Heimleitung eingerichtet worden. Die Staatsanwaltschaft Siegen ermittelt gegen den Geschäftsführer von European Homecare sowie den Leiter des Flüchtlingsheims in Burbach. Es bestehe der Verdacht der Freiheitsberaubung und Nötigung. Am Montag (06.10.2014) waren Büros durchsucht worden. Am Dienstag (07.10.2014) entzog NRW-Innenminister Ralf Jäger European Homecare den Betrieb des Flüchtlingsheims in Burbach und übergab die Verantwortung in Burbach dem Roten Kreuz.

1. Wir fordern, dass der Rat der Stadt Hannover die Betreiberverträge für die Asyl- und Flüchtlingswohnheime in der Landeshauptstadt Hannover der Öffentlichkeit im Detail bekannt macht.
2. Wir fordern, dass in einem ersten Schritt sämtliche Sozialarbeiterstellen in städtische Anstellungsverträge überführt werden müssen, um eine vom Betreiber unabhängige Vertrauensperson als Ansprechpartner für die Asylbewerber und Flüchtlinge zu haben. So können Missstände frühzeitig erkannt und an die zuständigen Behörden gemeldet werden.
3. Kostenlose Notrufnummer für eine zentrale landesweite Beschwerdestelle einrichten und in den Heimen und Unterkünften bekanntmachen.
4. Es müssen sämtliche Betreiber überprüft werden, ob für die MitarbeiterInnen entsprechende Qualifikationen und erweiterte Führungszeugnisse vorliegen. Darüber hinaus sollen zukünftig nur noch anerkannte, örtliche Wohlfahrtsverbände die Betreuungsleistung übernehmen dürfen. Für die Betreiberverträge müssen entsprechende Standards zusammen mit den anerkannten Wohlfahrtsverbänden, der Diakonie und den Flüchtlingsverbänden erarbeitet werden. Zukünftig muss gelten: Karitative Qualität vor billiger Quantität!
5. Flüchtlingsunterkünfte sollten als hoheitliche Aufgabe des Bundes verstanden werden. Wir fordern daher die Stadt Hannover auf entsprechenden Druck gemeinsam mit anderen Kommunen aufzubauen um hier zu einer besseren Lösung zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Martin Teicher

e-Mail: martin.teicher@t-online.de

Mobil: 0162 818 7446

Sprecher AG Demokratie Präventionsrat Buchholz-Kleefeld